

Gewalt gegen Frauen: Einführung einer bundesweiten Notrufnummer gefordert

Düsseldorf, 26.11.2008/APD Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen fordern die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) die Bundesregierung auf, die im Aktionsplan vom September 2007 angekündigte bundeseinheitliche Notrufnummer einzurichten. Diese soll bedrohten Frauen den Weg zu Hilfsangeboten in ihrer Nähe weisen und Hemmschwellen abbauen.

Gewalt sei nach Ansicht der Verbände nicht privat und dürfe nicht verschwiegen werden. Sie mache krank und verursache langfristige körperliche und seelische Beeinträchtigungen. Betroffene litten oft ein Leben lang daran. Beispielsweise könnten sich zurückliegende Gewalterfahrungen dramatisch auswirken, wenn die Frauen pflegebedürftig würden. Denn dann seien sie körperlichen Eingriffen wieder hilflos ausgeliefert, so dass traumatische Erlebnisse lebendig würden. Gewalt gegen Frauen müsse deshalb auch in der Pflege thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die Verbände dafür ein, Gewalt gegen Frauen gesellschaftlich zu ächten. Sie wollen Frauen ermutigen, sich zu wehren und Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies könne dauerhaft nur gelingen, wenn die bestehenden Hilfsangebote nachhaltig gesichert würden und die bundeseinheitliche Notrufnummer aufgebaut werde.

Die drei katholischen Frauenverbände engagieren sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen Gewalt an Frauen. So bietet der SkF als Frauenfachverband und Träger von 36 Frauenhäusern im Jahr über 2.000 Frauen und ebenso vielen Kindern Schutz und Unterstützung. Darüber hinaus unterhält er an vielen Orten

Interventionsstellen. Die kfd, mit rund 620.000 Mitgliedern der größte katholische Frauenverband, greift das Thema seit zwei Jahren mit ihrem Programm „Häusliche Gewalt ist kein Schicksal!“ immer wieder auf und weist auf örtliche Hilfsangebote hin. Sexualisierte Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen spricht insbesondere der KDFB in Kooperation mit „medica mondiale“ an, der die aktuelle Situation von Frauen in den Krisengebieten der Welt beobachtet und die Bundesregierung zum Handeln auffordert.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!